

6. Interpellation von Daniel Badraun vom 11. Juni 2008 "Sachplan Geologische Tiefenlager (SGT)" (08/IN 1/14)

Beantwortung

Präsidentin: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Der Interpellant hat das Wort für eine kurze Erklärung.

Badraun, SP: Die Terminologie, die das Endlagerverfahren beschreibt, ist in einer wunderbar harmlosen Technokraten-sprache verfasst. Mich interessieren nun die deutsch und deutlich geäusserten Meinungen von Ihnen. Weil der wahrscheinliche Standort Benken für ein Endlager vor unserer Nase beziehungsweise Grenze liegt und weil es nicht sein darf, dass wir wegen übermässiger Passivität den nuklearen Schwarzen Peter ziehen, **beantrage** ich Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mehrheitlich beschlossen.

Diskussion

Badraun, SP: Wir forschen seit 50 Jahren für ein Problem, das uns mindestens eine Million Jahre beschäftigen wird. Reicht das? Die Atomenergie ist nur vordergründig eine saubere Energie. In den Schweizer Atomkraftwerken wird zwar bisher ohne nennenswerte Störfälle Strom, aber auch Tonnen von strahlenden Abfällen produziert. In vielen Ländern ist der Abbau des radioaktiven Materials, das im Tagbau auf menschenunwürdige Art und Weise gewonnen wird, katastrophal. Ganze Landstriche und ökologische Kreisläufe werden dabei vergiftet. Dies darf uns nicht gleichgültig sein, wenn wir diese Technologie einsetzen. Die Endlagerung der verbrauchten Brennstäbe und des kontaminierten Baumaterials der Kraftwerke ist keine Aufgabe, die am Reissbrett gelöst werden kann, auch wenn uns dies Experten vorgaukeln. Es ist anmassend, wenn wir Schadstoffe tief in der Erde beseitigen, die dort über Tausende von Jahren strahlen und ihre tödliche Gefahr beibehalten. Wir übergeben die Verantwortung Technokraten, welche die ethische Verantwortung, die wir unseren Nachkommen gegenüber haben, in keiner Art und Weise tragen können. Wenn wir ehrlich sind, hat die Politik keine Antwort in der Endlagerfrage, auch wenn die Nagra das Gegenteil behauptet. Wir stecken den Kopf in den Sand und hoffen, dass hier möglichst lange nichts passiert. Der Abfall ist da und es liegt in unserer Verantwortung, ihn für die nächsten Jahrtausende sicher zu lagern. Beseitigen - das müssen wir klar sehen - lässt er sich nicht. Risikoforscher sind der Ansicht, dass die Abfälle auch in Zukunft kontrolliert werden müssen. "Aus den Augen, aus dem Sinn" ist ein Vorgehen, das hier nicht angebracht ist, denn leckende Endlager gibt es bereits. Ein neues Vorgehen ist gefragt: Eine dezentrale, gut erreichbare Lagerung,

bei der die Abfälle jederzeit kontrolliert, die Verpackungen repariert und die jeweils modernsten Techniken angewendet werden können. Die ungelöste Entsorgungsfrage muss uns auch mahnen, in der Energiepolitik andere Wege zu gehen. Erste zaghafte Schritte sind im Thurgau bereits gemacht worden, weitere müssen folgen. Der Energieverbrauch muss in den nächsten Jahren sinken, der Anteil von erneuerbarer Energie dagegen unbedingt steigen. Die 2000-Watt-Gesellschaft muss weiterhin unser Ziel sein. Nur so haben wir eine Chance in der Zukunft. Viele unserer Nachbarn wie Zürich, Schaffhausen und Baden-Württemberg verhalten sich in der Endlagerfrage nicht so brav wie der Kanton Thurgau. Sie wehren sich lautstark mit allen möglichen Mitteln gegen das fragwürdige Endlager Benken, das nicht nur unsere Region, sondern das gesamte Grundwasser bis nach Holland vergiften kann. Daher rufe ich den Regierungsrat auf, seine zurückhaltende Haltung aufzugeben, öffentlich Druck zu machen und sich hörbar für uns und unsere Region einzusetzen.

Kappeler, GP: Die in der Interpellation gestellten Fragen beziehen sich mit Ausnahme von Frage 4 ausschliesslich auf das Verfahren. Entsprechend verfahrensbezogen fällt die Antwort des Regierungsrates aus: Es geht um Regeln für das Standort-Auswahlverfahren, um Etappen und Mitsprachemöglichkeiten. Auf formelle Fragen wurde formell geantwortet, was an sich korrekt ist. Und doch bleibt der Eindruck, es gehe dem Regierungsrat allein darum, dass der Prozess auf der Basis der Schweizer Gesetzgebung verläuft. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass an der Kundgebung in Benken im September 2008 alle umliegenden Kantone und Länder und sogar Vorarlberg prominent vertreten waren. Einzig der offizielle Thurgau fehlte. Dabei reden wir von etwas, was längstens noch strahlt, wenn es keine Schweizer Gesetzgebung mehr gibt, wenn alle unsere Papiere und Mikrofilme trotz besten Staatsarchivs verschwunden sind. Wir reden von 3'600 Tonnen radioaktivem Atommüll - möglicherweise gelagert an unserer Kantonsgrenze - und wir reden von Halbwertszeiten von Zehntausenden von Jahren. Das sind unvorstellbare Zeiträume und deshalb kaum kalkulierbare Risiken. Darüber und nicht nur über die Transparenz des Verfahrens werden wir noch diskutieren müssen. Für uns Grüne ist klar, dass wir für unsere Abfälle selber verantwortlich sind und der Müll-Export nicht die Lösung ist. Einem Endlager können wir jedoch nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass ein geordneter Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen wird. Anders gesagt: Der bis zum Ausstieg aus der Atomenergie angefallene Müll muss möglichst sicher gelagert und kontrolliert werden. Ein Endlager wäre auch diesem Zweck entsprechend zu dimensionieren. In der kommenden Diskussion wünsche ich mir einen Regierungsrat, der sich das Thurgauer Wappen zum Vorbild nimmt: Zwei Löwen, die wachsam nach links, also nach Westen schauen. Der obere zeigt die Zähne im Fluglärmstreit und der untere bei einem grenznahen Nagra-Projekt.

Dr. Beerli, EVP/EDU: Die EVP/EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation. Die Suche nach einem Endlager, nach einer Lösung für radioaktive Abfälle, ist eine sehr sensible Thematik, die mit intensiven Emotionen verbunden ist. Allen ist klar, dass wir für die Lösung des Problems in der Schweiz selbst zuständig sind, niemand möchte jedoch ein Endlager in seiner Nähe haben. Die Diskussion über den Ausstieg oder Nicht-Ausstieg aus der Atomenergie ist selbstverständlich weiter zu führen, doch nicht an dieser Stelle. Es geht um die Frage, was mit den Abfällen, die ohnehin schon bestehen und mindestens in den nächsten Jahren noch anfallen werden, geschieht. Dieser Thematik kann sich niemand, weder Gegner der Atomenergie noch Befürworter, verschliessen. Wir müssen uns dieser Problematik und dieser Thematik offen, vernünftig und intelligent stellen. Eine Verneinungs- und Verzögerungspolitik bringt nichts. Es ist offensichtlich, dass die Alpen für ein Endlager geologisch zu instabil sind. Geologisch stabile Schichten wie im Mittelland werden dazu benötigt. Tatsache ist, dass das Mittelland intensiv bevölkert ist. Wir verfügen in der Schweiz über keine menschenleeren Wüsten. Somit ist es unvermeidbar, dass sich ein Endlager in einer gewissen Nähe zu Siedlungen befinden wird. Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass wir in der Nähe von Siedlungen andere Gefahrenpotentiale haben, mit denen wir eigentlich täglich leben. So ist zum Beispiel die Chemieindustrie weitgehend in den Ballungszentren angesiedelt. Diese bildet ein unvergleichlich grösseres Gefahrenpotential als Atommüll in tiefen, stabilen geologischen Schichten. Auch vorbeifahrende Güterzüge mit gefährlichen Ladungen, Lastwagentransporte, Atomkraftwerke und aktuelle oberirdische Lagerungen radioaktiver Abfälle bergen grosse Gefahrenpotentiale. Demgegenüber wird ein Tiefenlager ein geradezu verschwindendes Gefahrenpotential für die Umgebung darstellen. Ich möchte nochmals betonen: Eine Verweigerungshaltung wäre Unsinn. Wir müssen das Problem lösen. In diesem Sinn begrüssen wir es, dass der Regierungsrat in dieser Frage aktiv und konstruktiv mitarbeitet.

Bosshard, CVP/GLP: Tiefenlager sind umstritten, das hat die Vergangenheit mehrfach gezeigt. In der Broschüre des Bundesamtes für Energie "Sachplan geologischer Tiefenlager" wird deshalb auch betont dargestellt, dass Standorte in einem transparenten und akzeptierten Auswahlverfahren gefunden werden müssen. Mit dem vorliegenden Sachplan ist unter der Federführung des Bundesamtes für Energie ein strukturiertes und nachvollziehbares Auswahlverfahren festgelegt worden. Der Regierungsrat zeigt es in seiner Antwort deutlich auf. Seit über dreissig Jahren nutzen wir Kernenergie zur Stromerzeugung, die unter anderem in fünf schweizerischen Kraftwerken erzeugt wird. Für die Entsorgung der dabei anfallenden Abfälle gibt es ebenso wenig eine langfristige, sichere Lösung wie für die Entsorgung kleinerer Mengen radioaktiver Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung. Die Nagra sucht und evaluiert nun im Auftrag der Abfallverursacher Lösungen für eine nachhaltige, dem Schutz von Mensch und Umwelt verpflichtete Entsorgung. Das Kernenergiegesetz schreibt völlig zu Recht vor, dass im Inland produ-

zierte, radioaktive Abfälle auch im Inland, genauer gesagt in einem geologischen Tiefenlager, entsorgt werden müssen. Radioaktive Abfälle sind nun einmal eine Tatsache und fallen auch weiterhin an - unabhängig von der Frage, ob die Schweiz bei der Stromproduktion auch in Zukunft auf Kernenergie setzt oder ob die Erfolg versprechenden Anstrengungen, erneuerbare Energien vermehrt zu fördern und zu nutzen, den Ausstieg aus der Kernenergie ermöglichen. Wir müssen im Bereich von radioaktiven Abfällen endlich Verantwortung übernehmen und unserer Pflicht gegenüber nachfolgenden Generationen nachkommen. Das heisst, dass wir die Entsorgungsfrage zielgerichtet einer sicheren Lösung zuführen müssen. Wer Kernenergie nutzt - dies sind zurzeit wir alle - muss sich auch um die unangenehmen Folgen solchen Tuns kümmern. Es ist unabdingbar und verständlich, dass bei der Standortwahl für ein geologisches Tiefenlager primär die hohen sicherheitstechnischen Anforderungen erfüllt sein müssen. Im Fall von Benken müssen im Auswahlverfahren aber auch raumplanerische und sozioökonomische Aspekte von Regierungsrat und Politik berücksichtigt werden. Es ist ein gutes Zeichen, dass der Kanton Thurgau in einer Begleitgruppe bereits in der Erarbeitung des Konzeptteils des Sachplans die politischen Interessen der erweiterten Standortregion vertreten konnte. Gerade jetzt, in der zweiten Etappe, wo die Auswahl von sechs Regionen auf mindestens zwei Standorte eingeeengt wird, sind die Mitarbeit und der Einbezug des Kantons Thurgau und der betroffenen Bevölkerung sehr wichtig. Es muss sichergestellt sein, dass alle sechs vorgeschlagenen Regionen nach sachlichen und vergleichbaren Kriterien bewertet werden. Themen wie Sicherheit, Umwelt, raumplanerische Aspekte, Gesundheit, Wirtschaft und regionale Entwicklungsmöglichkeit müssen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Regionen beurteilt werden. Es darf in dieser bedeutungsvollen Angelegenheit auf keinen Fall der Einfachheit halber der Weg des geringsten Widerstandes gegangen werden. Vertrauensbildende Massnahmen wie eine offene Kommunikation, Orientierungen und Aufklärungskampagnen sind notwendig, um die mehrheitliche Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung zu erreichen. Wie ich mich vor einem Jahr vor Ort selber überzeugen konnte, bestätigen dies positive Beispiele von gut funktionierenden geologischen Tiefenlagern in Schweden und Finnland. Ein geologisches Tiefenlager betreiben heisst nicht "verlochen und vergessen" oder "aus den Augen, aus dem Sinn", wie es der Interpellant nennt. Bei einem verantwortungsbewussten Umgang mit radioaktivem Abfall - und dies darf vorausgesetzt werden - wird der Zutritt zu den bekannten, grossen Energiequellen "unseres" Abfalls auch mit den Fortschritten und Errungenschaften in noch ferner Zukunft in geordnetem, sicherem Rahmen möglich sein.

Bruggmann, SP: "Wehret den Anfängen!" ruft die SP dem Regierungsrat zu. Der Regierungsrat zählt auf die Beteiligung in diversen Gremien. Wer diese Illusion pflegt, wehrt sich zu wenig gegen dieses gefährliche Projekt. Für uns sind folgende Punkte wichtig: 1. Das Konzept mit einem einzigen zentralen Lager wird von Risikoforschern schon heute in Frage gestellt. Wolfgang Kromp beispielsweise, der Leiter des Instituts für Risiko-

forschung Wien, fordert kleinere, dezentrale Lager. Die Nagra müsste ihr veraltetes Konzept völlig neu überarbeiten und nicht mit dem Kopf durch den Opalinuston wollen. 2. Es ist unklar, ob die vergleichsweise dünne Schicht Opalinuston wirklich als geeigneter Lagerort für strahlenden Atommüll gelten kann. Die Schweden setzen auf Granit, die Deutschen auf Salz. 3. Je nachdem, wer wo bohrt und wie viel Geld investiert, sehen die sogenannten "technisch machbaren" Lösungen anders aus. Ich frage Sie: Welche Technik hält schon Hunderttausende von Jahren? Die Erdkruste ist dauernd in Bewegung, Wasserwege verschieben sich. 4. Beachten wir geologische Zeiträume, ist die definitive Tiefenlagerung derart gefährlicher Stoffe allenfalls eine totale Fehlüberlegung. Wir verstehen die diskrete, ja zögerliche Haltung unseres Regierungsrates nicht. Abwarten und "Nagrasüppchen" schlürfen bringt nichts. Die Lagerung von radioaktiven Abfällen ist eine ewig strahlende Angelegenheit. Wenig strahlend sind die Aussichten für die betroffene Region. Aber nicht nur das: Ein undichtes Endlager in Benken bedroht nicht nur unsere Region, sondern Millionen von Menschen bis nach Rotterdam. Vergessen wir diese Verantwortung nicht! Wir erwarten vom Regierungsrat, dass er sich entschlossen und energisch gegen ein zentrales geologisches Tiefenlager in Benken einsetzt. Benken ist die falsche Lösung eines schweizweiten Problems. Es ist auch uns von der SP klar, dass wir unseren atomaren Müll, den wir bereits haben, selber lagern müssen. Die Nagra muss aber gezwungen werden, ihr veraltetes Konzept zu überarbeiten und neue Erkenntnisse in die Planung mit einzubeziehen. Das Wichtigste ist und bleibt aber: Wir müssen so schnell wie möglich damit aufhören, Stoffe zu erzeugen, welche die Menschheit noch Jahrmillionen beschäftigen werden.

Engel, SVP: Man kann für oder gegen Kernenergie sein. Fakt ist, dass wir schon einige Jahrzehnte in Kraftwerken, Medizin, Industrie und Forschung radioaktive Abfälle produzieren und auch weiterhin solches Material anfallen wird. Die heutige Zwischenlagerung in Würenlingen ist technisch fachgerecht. Doch für eine langfristige Entsorgung - wir reden hier von Hunderttausenden von Jahren - ist ein geologisches Tiefenlager, wie es das Kernenergiegesetz vorsieht, unabdingbar. Es ist der richtige Weg, dass bei uns produzierte, radioaktive Abfälle auch in der Schweiz zu entsorgen sind. Dies bedingt jedoch eine sorgfältige und professionelle Abklärung solcher möglichen geologischen Tiefenlager. Der in der Interpellation angesprochene Sachplan bezüglich eines geologischen Tiefenlagers ist sicher ein wichtiger Teil davon. Der Regierungsrat hat in seiner Beantwortung umfassend Stellung genommen und die Position und Mitwirkung des Kantons Thurgau bei der Abklärung eines möglichen Standortes im Zürcher Weinland klar aufgezeigt. Ich möchte darum nicht im Detail darauf eingehen. Bezüglich der Endlagerung radioaktiven Materials in der Schweiz leistet das Bundesamt für Energie seriöse Arbeit. Mit dem Untersuchungsauftrag an die Nagra vor rund dreissig Jahren wurde eine grosse Fülle von Daten erarbeitet. Die Untersuchungen in den Felslabors Grimsel und Mont Terri und zum Teil auch vor Ort haben aufgezeigt, dass sich die heute vorgeschlagenen sechs

geologisch möglichen Standortgebiete im Südjura und in der Nordschweiz am besten eignen. Der hier vorkommende, zirka 180 Millionen Jahre alte Opalinuston garantiert eine stabile und wasserabgedichtete Lagerung auf 400 m bis 600 m Tiefe. Es ist sicher nicht so, dass sich Regionen in der Schweiz für ein solches Endlager bewerben. Doch es ist äusserst wichtig, dass eine sachliche und transparente Planung auch bei einem solch emotionalen Thema möglich ist. Es soll natürlich nicht dort ein geologisches Tiefenlager gebaut werden, wo am wenigsten Widerstand entsteht, sondern vielmehr dort, wo sich der bestmögliche Standort befindet. Dies haben der Kanton Thurgau und auch die betroffene Gemeinde Schlatt bezüglich eines möglichen Standorts im Zürcher Weinland klar kommuniziert. In diesem Sinn werden wir zusammen mit den betroffenen Gemeinden im Kanton Zürich über das so genannte Forum Opalinus weiterhin in den laufenden Abklärungsprozess zum Sachplan involviert sein. Wir werden entsprechend dokumentiert und orientiert werden und uns auch zur Sache einbringen können. Für die SVP Thurgau ist dies der richtige Weg. Sie unterstützt dieses Vorgehen einstimmig.

Möckli, FDP: Ein Standortentscheid für ein Tiefenlager radioaktiver Abfälle in der Schweiz darf auf jeden Fall nur rein sachlich, nicht emotional oder politisch gefällt werden. Es darf nur der von der Sicherheit her beste Standort in Frage kommen. Das Gefährdungspotential von radioaktiven Strahlen von Benken aus würde die Stadt Zürich genauso treffen wie Schlatt oder Diessenhofen. Obwohl nach dem Kernenergiegesetz festgelegt wurde, radioaktive Abfälle grundsätzlich im Inland zu entsorgen, erwarten wir im Falle einer Schaffung eines gesamteuropäischen Lagers, dass auch diese Variante geprüft würde. Im Übrigen ist die FDP mit der Antwort des Regierungsrates einverstanden.

Dr. Beerli, EVP/EDU: Obwohl ich der Atomkraft sehr kritisch gegenüberstehe, erlaube ich mir folgende sachliche Anmerkung: Die Behauptung, dass eine Undichtigkeit in einem künftigen Lager eine Verseuchung rheinabwärts bis nach Amsterdam verursachen könnte, ist nicht möglich. Wird im Mittelland, also 400 m über Meer, ein Endlager angesetzt, so wird 600 m bis 800 m in die Tiefe gegangen. Ein Tiefenlager befindet sich dann unter dem Meeresspiegel. Sollte allenfalls eine Undichtigkeit entstehen, ist es dennoch unvorstellbar, dass das radioaktive Material nach Amsterdam, also nach oben gelangen könnte. Dieses Szenario ist nicht zu befürchten.

Böhni, CVP/GLP: Für mich ist es erstaunlich, wie gross das Misstrauen gegenüber dieser Endlagerung ist. Noch viel erstaunlicher aber finde ich, dass man aus dieser Zurückhaltung keine echte Vorwärtsstrategie lanciert und den Weg für erneuerbare Energien wirklich frei macht. Die Lösung sollte vielleicht nicht im Inland, sondern an einem geeigneteren Ort gesucht werden, wo es weniger Leute hat oder bessere Bedingungen herrschen. Ich glaube nicht, dass wir so ritterhaft sein und immer alles im eigenen Land lö-

sen müssen.

Regierungsrat **Dr. Stark:** Die Frage der radioaktiven Endlager, der Tiefenlager, ist meines Erachtens vor allem auch ein politisches Problem, denn sie wird unweigerlich mit einem möglichen Ausstieg aus der Atomkraft verbunden. Ich behaupte sogar, dass sie sozusagen in der Geiselhaft der Atomkraftdiskussion ist. Wäre die Ausstiegsfrage geklärt, so wären wir in der Schweiz sehr schnell imstande, das Tiefenlagerproblem ziemlich einvernehmlich zu lösen. Im Rahmen einiger Bemerkungen zu den Voten möchte ich zuerst die Frage der ethischen Verantwortung aufnehmen, die der Interpellant aufgeworfen hat. Die Aussage, Technokraten hätten keine ethische Verantwortung, möchte ich in aller Form zurückweisen. Dies ist eine pauschale Verunglimpfung, die wir so nicht stehen lassen dürfen. Diese Leute beschäftigen sich mit technischen Dingen, und gerade weil sie in diesem Bereich arbeiten, werden sie sich mit ethischen Fragen auseinandersetzen müssen. Solche Fragen müssen gestellt werden, da sie sich unter anderem um unsere Lebensbedingungen und um ein grosses Risiko drehen. Uns wird heute gesagt, dass die geplanten schweizerischen Tiefenlager verglichen mit denjenigen in Finnland oder Schweden sicherer seien. Aufgrund dieser Tatsache bestärkt sich mein Eindruck, dass die Frage der Tiefenlager durch die Diskussion über den Atomausstieg belastet wird. Die Schweiz nimmt sich zehn Jahre Zeit, die sechs Standorte zu evaluieren. Nach dem Kernenergiegesetz können atomare Abfälle übrigens auch exportiert werden, die Bedingungen sind aufgelistet. Allerdings besteht da das Problem, dass die Kontrolle über die exportierten Abfälle verloren geht. Zur Haltung des Kantons Thurgau: Es wurde gesagt, dass wir zu wenig "löwenhaft" seien und nicht die nötige Kraft einsetzen würden. Ich versichere Ihnen, dass wir den Prozess genauestens beobachten. Wir sind in sämtlichen Gremien, also auf allen Ebenen, sehr gut vertreten. Es ist vorbildlich, wie breit und partizipativ dieser Prozess abläuft. Die raumwirksame Frage wird erst noch geklärt. Der betroffene Bereich wird vermutlich wieder ausgeweitet. Der Regierungsrat ist ebenfalls der Meinung, dass die Frage nach der Lagerung radioaktiven Mülls im Inland gelöst werden sollte. Er will bei der Lösungsfindung mitwirken - allerdings unter der Voraussetzung, dass alle sechs Standorte gleich beurteilt werden. Ich möchte Ihnen nun noch den Schluss meiner Stellungnahme vorlesen, die ich im Rahmen einer Veranstaltung in Marthalen im Weinland abgegeben habe. Daraus geht hervor, dass wir Zähne haben. Ich zitiere: "Der Regierungsrat des Kantons Thurgau wird zu den Ergebnissen der Abklärung jeweils nach Abschluss der drei Phasen Stellung beziehen. Diese Phasen sind definiert. Er wird dabei eng mit den Behörden und der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden zusammenarbeiten, also mit den Behörden und der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden. Das ist selbstverständlich. Insbesondere werden wir darauf achten, dass alle Standorte nach den gleichen Massstäben beurteilt werden. Sollten wir Ungleichheiten feststellen, welche unser Kantonsgebiet beziehungsweise die Region Weinland benachteiligen, werden wir uns mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen. Wir wollen

ein gründliches, offenes und faires Verfahren." Diese Haltung bleibt bestehen. Und ich versichere Ihnen, dass wir den Prozess mit offenen Augen beobachten, dass wir uns auch auf jeder Ebene melden, wenn es etwas zu melden gibt, und dass wir die Interessen der betroffenen Region, des Kantons Thurgau, ja auch der Schweiz wahrnehmen werden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.